

EINBLICKE

DIE LINKE.
RATSFRAKTION BIELEFELD

Nachrichten der Partei DIE LINKE aus Bielefelder Rat & Bezirken

Herbst 2010

Kommunalfinanzen im freien Fall

Die Wirtschaft boomt: Über drei Prozent Wirtschaftswachstum wird für dieses Jahr vorausgesagt. Die Krise ist angeblich vorbei. In den Wirtschaftsteilen der Zeitungen heißt es wieder: Die Gewinne sprudeln.

Nur die öffentlichen Kassen sind grausam leer. Mit 200 Millionen Euro Defizit rechnet die Stadt Bielefeld in diesem Jahr. Vor zwei Jahren hatten wir noch 20 Millionen Euro Haushaltsüberschuss.

Aber dann kam die Krise und die öffentliche Hand rettete mit Steuergeldern Banken und Konzerne. Zusätzlich senkten die Regierungen von SPD, CDU und FDP die Steuern für Unternehmen und Reiche. Ohne Steuern

keine öffentlichen Ausgaben! Allein die Gewerbesteuererinnahmen liegen in diesem Jahr über 80 Millionen unter dem Ergebnis von 2008. Und es gibt keine Aussicht auf Besserung: Selbst mit den geplanten Kürzungen fehlen auch in den nächsten Jahren noch jährlich über 100 Millionen Euro. Bei dieser Politik können wir gar nicht so viel kürzen wie für einen ausgeglichenen Haushalt notwendig wäre.

Diese Schulen sollen weg!



Brocker Schule



Frölenbergschule



Hellingskampschule



Grundschule Hoberge-Uerentrup

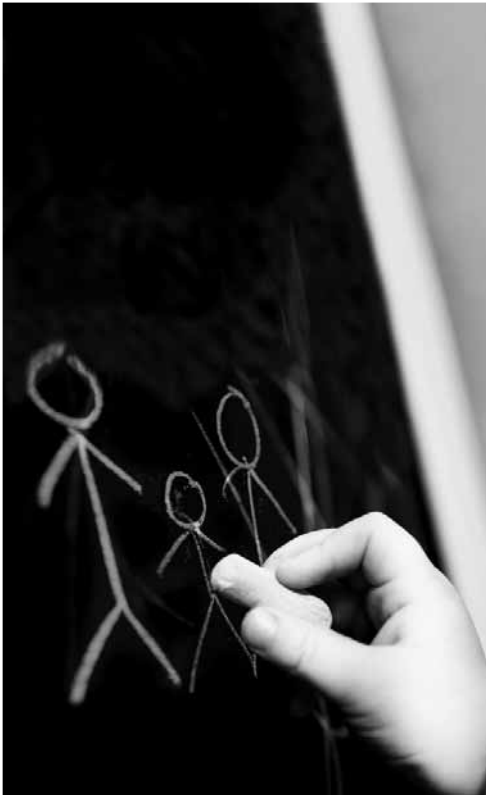


Josefschule



Grundschule Schröttinghausen-Deppendorf

Grundschulen als Spielball der Haushaltssanierung



Die Katze ist aus dem Sack: Statt drei sollen jetzt sogar sechs Grundschulen in Bielefeld geschlossen werden. Das zumindest ist das Ergebnis des Arbeitskreises Schulentwicklungsplanung des Rates. Eltern, Schüler und LehrerInnen gehen auf die Barrikaden. Und das ist gut so!

Von Anfang an war die Schulentwicklungsplanung eine kleine „Haushaltskürzungsrunde“. Nun sollen statt ursprünglich drei gleich sechs Grundschulen geschlossen werden. Ursache ist wohl das zusätzliche Haushaltsloch von 30 Millionen Euro, das der Kämmerer in den Ferien festgestellt hat. Aber die 114.000 Euro, die die Stadt pro Schule angeblich einsparen will, retten die Stadt auch nicht aus der Finanzmisere.

Kurze Beine - kurze Wege!

Dies ist der Leitsatz für Schulplanungen im Grundschulbereich. Dahinter steht ein soziales und pädagogisches Konzept, das ein gemeinsames Lernen von Kindern in ihrem Lebensumfeld gerade in der Grundschule sichern will. Kinder sollen mit ihren Nachbarkindern lernen können. Kurze Schulwege, die Kinder auch allein bewältigen können, fördern die Selbständigkeit der Kinder. Es gibt viele gute Gründe, dezentrale Schulen zu fördern und beizubehalten. - Bis vor einem Jahr waren auch noch SPD und Grüne der gleichen Meinung.

In vielen der zur Schließung anstehenden Schulen sind gerade erst umfangreiche Investitionen für Instandhaltung und den Ganztagsunterricht erfolgt. Alles für die Katz? Gleichzeitig haben die Schulen, die die Kinder übernehmen sollen, keine ausreichenden Plätze für die offene Ganztagsbetreuung.

DIE LINKE ist gegen die Schließung der Grundschulen. Wir meinen, es ist genügend Geld da, um für alle Kinder gute Schulen und kleine Klassen zu finanzieren. Das Geld ist momentan nur in den falschen Taschen.



Barbara Schmidt
*Fraktionsvorsitzende
im Rat der Stadt*



Keine Schließung von Sportplätzen

Im Stadtsportbund sind über 85.000 Menschen in über 220 Sportvereinen organisiert. Zusammen mit den nichtorganisierten Freizeitsportlern erfasst der Sport etwa 100.000 Menschen und ist damit die größte Interessengemeinschaft in Bielefeld.

Die Ampel-Koalition plant im Rahmen ihres Kürzungsprogramms auch die Schließung von mehreren Sportstätten.

Als „Argument“ wird gern die negative demografische Entwicklung bemüht. Dabei handelt es sich lediglich um eine Prognose. Am besten an den Prognosen von Ratingagenturen, Wirtschaftsweisen und Wahlprognosen etc. sind immer die Erklärungen, warum sie nicht eingetroffen sind.

In Hoberge z. B. findet zur Zeit ein Generationenwechsel statt. Hier soll neben dem Sportplatz auch die Grundschule geschlossen werden. Für die Entwicklung des ganzen Ortes ist der Wegfall von zwei wichtigen „weichen Standortfaktoren“ sehr schlecht. Von den Folgekosten spricht niemand.

DIE LINKE ist auch gegen Sportplatzschließungen, weil es Vereine gibt, deren Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten nicht ausreichen. Warum sollen sich nicht mehrere Vereine einen Sportplatz „teilen“? Denkbar ist auch, dass ein Sportplatz so verändert wird, dass er nicht nur für Fußball, sondern auch für andere Sportarten zur Verfügung steht. Der Bedarf ist vorhanden. Ein weiteres „Argument“ für Sportstätten-Schließungen sind

geplante „Einsparungen“ in Höhe von ca. 180.000 Euro in den Jahren 2012-2014. Allein das unnütze Wirtschaftlichkeits-Gutachten zu Arminia belastete den Stadtsäckel mit fast 100.000 Euro und hätte besser zum Erhalt von Sportstätten eingesetzt werden können.



Bernd Schatschneider
*Sachkundiger Bürger
im Schul- und Sport-
ausschuss*

Das Bauernhaus-Museum vor dem Aus?

Das Bauernhaus-Museum an der Ochsenheide ist eines der kostengünstigsten Museen Bielefelds. Nach dem verheerenden Brand 1995 und seinem Wiederaufbau wurde es aus Kostengründen an eine gemeinnützige GmbH übertragen.

Das neu entstandene Museum ist seit seiner Wiedereröffnung 1999 ein wahrer Publikumsmagnet. Mit der Zahl seiner BesucherInnen (rund 35.000 jährlich, mehr als die Hälfte Zahlende) braucht es keinen Vergleich mit dem Historischen Museum (2009: 35.000 Gäste, davon 15.800 Zahlende) zu scheuen. Für das innovative Museumskonzept und die hervorragenden museumspädagogischen Angebote erhielt das Museum 2001 einen bedeutenden europäischen Museumspreis. In den letzten Jahren gab es immer wieder öffentliche Appelle, das Bauernhaus-Museum finanziell zu unterstützen. Trotz permanenter Finanznot entwickelte sich das Museum als außerschulischer Lernort für Sozial- und Regionalgeschichte, Umweltpädagogik mit vielen neuen Ideen und Projekten immer weiter. **Diese gute Arbeit ist nun durch eine völlig unverständliche Kürzungsmaßnahme gefährdet!** Rosa Rosinski, die engagierte Leiterin des Bauernhaus-Museums, wird Ende 2012 in die Altersteilzeit wechseln. Ihre beim Histori-

schen Museum angesiedelte Stelle soll dem **Rotstift der Ampel-Koalition** zum Opfer fallen. Der Sprecher der Stiftung Bauernhaus-Museum, Eberhard Delius, brachte es am 19. 8. 2010 gegenüber der Neuen Westfälischen auf den Punkt:

„Doch die Zukunft der Einrichtung steht und fällt mit dieser Stelle.“

Nur der Erhalt der Leitungsstelle garantiert, dass das Bauernhaus-Museum seine hervorragende Arbeit weitermachen kann.

Die Leitungsposition dem neuen Chef des Historischen Museums, Dr. Stratmann, mal soeben nebenbei zu übertragen, ist völlig absurd und führt in die Sackgasse.

Die Bielefelder, vor allem die Kinder, sollten sich das Bauernhaus-Museum nicht kaputt machen lassen und deutlich gegen dieses „Sparen“ an der falschen Stelle protestieren.

H.-D. Hölscher Fraktionsgeschäftsführer



Die Stadt hat zuwenig Einnahmen und nicht zuviel Ausgaben

Im ganzen Land stehen die Kommunen, wie auch Bielefeld, am Rande der Pleite. Sie sind schon seit langem unterfinanziert und können ihre vielfältigen Aufgaben der Daseinsvorsorge immer weniger wahrnehmen.

Verschärft wird das Problem durch die Übertragung zusätzlicher Aufgaben, für die der Bund und das Land aber nicht mehr Geld zur Verfügung stellen. So führen z.B. Massenarbeitslosigkeit und Armutslöhne dazu, dass die Kommunen für immer mehr Menschen soziale Leistungen übernehmen müssen.

Vor Ort vergießen KommunalpolitikerInnen von CDU, SPD, Grünen und FDP Krokodilstränen über die schlechte Lage ihrer Stadt.

Die gleichen Parteien und ihre Kanzler Kohl, Schröder und Merkel haben Großkonzerne, Banken und Reiche mit üppigen Steuergeschenken und „Rettungspaketen“ großzügig bedacht. Kehrseite der Medaille: Die Kommunen sind pleite. Allein das sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der schwarz-gelben Regierung hat die Kommunen im Jahre 2010 ca. 1,6 Milliarden Euro gekostet.

Allein und aus eigener Kraft können die Städte ihre finanziellen Probleme nicht mehr lösen. Eine grundlegende Gemeindefinanzreform, die die Finanzkraft der Kommunen deutlich stärkt, muss durch angemessene Besteuerung von Gewinnen und Vermögen erfolgen.

Aber selbst bescheidene Möglichkeiten vor Ort, die Einnahmen der Stadt Bielefeld zu erhöhen, sind für die Ratsmitglieder von CDU/SPD/FDP/Grünen/BfB ein rotes Tuch.

Anträge der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt auf Erhöhung der Gewerbesteuer (Mehreinnahmen ca. 20 Millionen Euro) oder die Einführung einer Kulturförderabgabe (sog. „Bettsteuer“, Mehreinnahme = 1,7 Millionen Euro) wurden mit 60 Gegenstimmen der Allparteienkoalition vom Tisch gefegt.

Integration behindern oder fördern?

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat für Bielefeld, das sich gern weltoffen und tolerant gibt, eine große Bedeutung. Zumindest wird dies vom Oberbürgermeister bei jedem Anlass zur Sprache gebracht. So will ich als Ratsmitglied mit Migrationshintergrund daran glauben.

Aber die Tatsache, dass auch dieser Bereich nicht von Kürzungen verschont bleibt, macht uns deutlich, wie verlogen neoliberale Politik ist! Das Leitbild „Bielefeld – Zusammenleben in Vielfalt“ des Integrationskonzepts für Bielefeld wurde kürzlich im Migrationsrat verabschiedet. Das Konzept beinhaltet 16 Ziele und Maßnahmen, die darauf warten in die Praxis umgesetzt zu werden.

Stattdessen werden 8 Maßnahmen im laufenden Jahr bis 2014 gekürzt! Beispielsweise wird das Fördervolumen für Integrationsprojekte der Vereine („Vereinszuschüsse“) um 6.000 Euro gekürzt. D.h. für die zukünftige Förderung stehen für über 50 Vereine nur noch 20.000 Euro zur Verfügung. Das bedeutet, dass viele Bildungs-, Kultur-, Frauen-, Kinder- und Jugendprojekte nicht mehr finanziert werden und dass das Auswahlverfahren für Vereinszuschüsse so kompliziert wird, dass viele Vereine resignieren.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist die Dolmetscherhilfe, die um 4.500 Euro gekürzt wird. Diese Maßnahme ist für Dolmetschereinsätze in städtischen Ämtern, Schulen, Kitas und Krankenhäusern sowie für schriftliche Übersetzungen für diese Stellen. Die Kürzung in diesem Bereich heißt für die betroffenen Menschen, dass sie entweder selbst die Kosten tragen müssen oder aber den Gang zu den Ämtern ganz vermeiden. Kinder aus Migrationsfamilien sind auch besonders betroffen von der geplanten Schließung der Josef- und Hellingskampschule. Die geplanten Kürzungen werden INTEGRATION behindern, statt sie zu fördern!



Ayhan Ilgün
Ratsmitglied

Gib AIDS eine Chance?

Das Haushaltskürzungsprogramm trifft auch das Gesundheitsamt. Mit eineinhalb Stellen wird dort AIDS-Beratung und Prävention betrieben. Neben der Beratung im Amt bereisen die MitarbeiterInnen seit Jahren weiterführende Bielefelder Schulen mit Informationen zur AIDS-Verhütung. Daneben gibt es ein Programm für Sexualaufklärung in Grundschulen. Mit diesen AIDS-Präventions-Maßnahmen ist es gelungen, die Ansteckungsrate bei der Immunabwehrschwäche in Bielefeld - auch im Vergleich zu Städten gleicher Größe - niedrig zu halten. Ein Mitarbeiter geht in zwei Jahren in die Altersteilzeit und seine Stelle steht nach den Vorgaben des Haushaltskürzungsprogramms zur ersatzlosen Streichung an. Damit ist dann das städtische Präventionsprogramm für Bielefeld hinfällig. Mit der verbleibenden 75-Prozent-Stelle können bestenfalls noch die AIDS-Beratungsstelle des Gesundheitsamtes weitergeführt und Koordinations- und Controllingaufgaben wahrgenommen werden.

GIB AIDS KEINE CHANCE

AIDS-Beratung und Prävention gibt es zwar auch im Rahmen der Leistungsverträge mit den freien Trägern der

Sozialarbeit. Aber die sollen ebenfalls „gedeckelt“ werden: Die Personalkosten sollen auf dem Stand von 2009 eingefroren werden. Damit werden auch bei den freien Trägern entweder Stellen und Leistungen gekürzt werden müssen. Ein Ersatz für die wegfallende Präventionsarbeit der Stadt ist von dort nicht zu erwarten. Sollen demnächst Bielefelder Kinder und Jugendliche die Haushaltssicherung bezahlen? Etwa nach dem Motto: Gib AIDS eine Chance?



Dr. Dirk Schmitz
Ratsmitglied

Musik- und Kunstschule

Kürzen auf Kosten der Musiklehrer und der Qualität



4,8 Stellen sollen an der Musik- und Kunstschule künftig wegfallen. Das ist einer der Kürzungsvorschläge der Verwaltung.

Das spart angeblich ab 2011 insgesamt 204.970 Euro ein - so die von Oberbürgermeister Clausen am 11. 5. 2010 bekannt

gegebene Kürzungsliste („Haushaltskonsolidierungsliste“), die mit dem neuen Haushalt Wirklichkeit werden soll. Die wahrscheinlichen Folgen: Der Unterricht soll immer mehr von Aushilfskräften („Honorarkräften“) ohne soziale Absicherung und mit geringster Bezahlung gegeben werden. Junge, examinierte Musiklehrer werden nur an bestimmten Nachmittagen in Bielefeld tätig sein, an den anderen aber versuchen, durch weitere solcher bad jobs ihre Existenz zu sichern. Das wird die Fluktuation steigern. Ein kontinuierlicher Unterricht kann zunehmend weniger gewährleistet werden und die Qualität wird sinken.

Die Einkommen dieser Honorarkräfte sinken (bei realistischen 14 Unterrichtsstunden pro Woche, weil unter der Sozialversicherungsgrenze) auf einen Monatsdurchschnitt von 907 Euro, sofern man nicht krank wird.

Kulturzerstörung

Sollten solche Vorschläge Wirklichkeit werden, wird langfristig damit die Musikkultur dieses Landes zerstört. Welchem jungen Menschen wird man dann noch den Beruf des Instrumentallehrers empfehlen können? Instrumentalunterricht wird verkommen zur Verlegenheitsbeschäftigung - mit den bekannten Folgen für Neigung und Eignung. Damit wird auch das Niveau der musikalischen Ausbildung in der Breite verloren gehen. Was seit den 70er Jahren durch die Wettbewerbe „Jugend musiziert“ und den Aufbau eines beinahe flächendeckenden Musikschulwesens in der Bundesrepublik erreicht wurde, wird man mit den Federstrichen der Stadtkämmerer zwar nicht vernichten, so doch verfallen lassen. Mit der Breite der musikalischen Ausbildung wird auch das Opern- und Konzertpublikum schwinden. Die Steuersenkungsparteien legen die Axt an zentrale Pfeiler europäischer Kultur.

Florian Straetmanns

Sachkundiger Bürger im Kulturausschuss

Wenn sich in der Stadt nix regt, wird sich im Rathaus nix ändern!

Im Rat der Stadt ist scheinbar alles klar. Die Ampel-Koalition zieht ihre Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen (= Kürzungskatalog) mit der Mehrheit von 35 der 66 Ratsmitgliedern durch. Möglicherweise stimmen auch noch CDU und BfB zu. So richtig dagegen sind die auch nicht.

Flankiert wird der Kürzungskatalog durch die Inszenierung eines „Bielefeld-Paktes“, der „Koalition der Willigen“.

Was tun?

Es wird sich nur etwas ändern, wenn die Betroffenen sich bewegen und ihren Protest ins Rathaus tragen.

Zum Beispiel mit dem Sternmarsch aufs Rathaus am 24. September, der von Schülern, Eltern und Lehrern der zu Schließung anstehenden Grundschulen geplant ist.

Es ist auch nicht verboten, Rats-, Bezirksvertretungs- und Ausschussmitglieder anzurufen, um persönlich zu protestieren.

Infostände durchführen, Leserbriefe an die Presse schreiben, etc.

Vor allen Dingen gilt: Lasst die Ratsmitglieder nicht allein, wenn sie die Kürzungen beschließen wollen.

Die nächsten Ratssitzungen sind am 23. September, 4. und 25. November, jeweils Donnerstag, 17.00 Uhr.

**Sprechzeiten der Ratsfraktion DIE LINKE
Altes Rathaus · Erdgeschoss
33597 Bielefeld**

Montag-Dienstag: 10.00-16.00 Uhr
Freitag: 10.00-14.00 Uhr

Telefon: (0521) 515080
Telefax: (0521) 518110

E-Mail: die.linke@bielefeld.de
Internet: www.dielinke-bielefeld.de